

VOR DEN FRANZÖSISCHEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2022: MIGRATION IM POLITISCHEN DISKURS

VON MARIANA S. MENDES

2022-3
MIDEM-Policy Brief



1. DIE POLITISCHE LANDSCHAFT FRANKREICHS VOR DEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2022

Die Wiederwahl Emmanuel Macrons bei den französischen Präsidentschaftswahlen – der erste Wahlgang erfolgt am 10. April – gilt vielen als ausgemacht. Und das trotz der zahlreichen Krisen, mit denen Macron während seiner Präsidentschaft konfrontiert war: von der Bewegung der Gelbwesten bis zur Covid-19-Pandemie. Macrons Chancen auf einen erneuten Wahlsieg scheinen durch eine weitere Krise, den Krieg in der Ukraine, sogar gestiegen zu sein. Umfragen zufolge hat die Unterstützung des französischen Präsidenten nach der russischen Invasion deutlich zugenommen, von 25 Prozent vor Kriegsbeginn auf 28–29 Prozent in den letzten Wochen (Politico 2022). Macrons Rolle als Chefdiplomat Europas scheint sein staatsmännisches Image aufpoliert zu haben. Meinungsumfragen zeigen, dass 65 Prozent der französischen Bevölkerung die diplomatischen Bemühungen ihres Präsidenten begrüßen und nur wenige der Meinung sind, dass ein anderer Kandidat erfolgreicher gewesen wäre (IPSOS/Sopra Steria 2022). Der Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen etwa auf die Frage der Energiesicherheit, die Außenpolitik und die Preisanstiege im Land sind dabei in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gerückt und haben andere Themen überschattet. Die anfängliche Erwartung, dass die extreme Rechte im Wahlkampf den Ton angeben würde, hat sich nicht vollständig bestätigt. Macron profitiert zudem von der Wahrnehmung, dass die Corona-Pandemie in Frankreich überwunden und die Wirtschaft wieder auf Erholungskurs ist. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Mehrheit der Bevölkerung Macrons Präsidentschaft befürwortet. In puncto Gesamtzufriedenheit ist laut einer Umfrage der Anteil der Unzufriedenen

mit 37 Prozent nach wie vor höher als derjenige der Zufriedenen (30 Prozent), auch wenn sich dieser Abstand in letzter Zeit verringert hat (IPSOS/Sopra Steria 2022).

Macrons Vorsprung von fast zehn Prozentpunkten vor seiner engsten Konkurrentin Marine Le Pen verschafft ihm eine komfortablere Position als ursprünglich erwartet. Umfragen im letzten Jahr hatten noch ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit Le Pen, der Vorsitzenden des *Rassemblement National* (früher *Front National*), vorausgesagt. Erschwert wird Le Pens Präsidentschaftskandidatur durch einen neuen rechtsextremen Konkurrenten, Éric Zemmour, der in den Umfragen auf einen Stimmenanteil von 10 bis 14 Prozent kommt und somit die Wählerschaft aus dem rechtsextremen Lager spaltet. Für die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen ebenfalls im Rennen sind zur Zeit auch noch Jean-Luc Mélenchon – oft als linksradikaler Agitator beschrieben und der einzige linke Kandidat, der nicht zur Bedeutungslosigkeit verdammt zu sein scheint – sowie die konservative Valérie Pécresse, die Kandidatin von *Les Républicains* (der Partei des ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy). Beide konkurrieren bei den Wahlabsichten mit Zemmour um den dritten Platz, aber weder Mélenchon noch Pécresse kommen auch nur annähernd an Marine Le Pen heran (Le Pen liegt in den letzten Umfragen 5 Prozentpunkte vor Mélenchon). Das Duell zwischen Macron und Le Pen im zweiten Wahlgang von 2017 wird sich daher höchstwahrscheinlich wiederholen.

Die Wahlen 2022 werden voraussichtlich drei wichtige Trends in der französischen Politik festigen. Der erste ist die **Stärkung und Verankerung der extremen Rechten** im Land. Angesichts der Tatsache, dass Marine Le Pen und Éric Zemmour erstmals zusammen rund 30 Pro-

Abb. 1: Liste der Kandidatinnen und Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2022

Präsidentschaftswahl

Kandidatinnen/Kandidaten	Partei	Ausrichtung
Emmanuel Macron	<i>La République en Marche!</i>	Liberal
Marine Le Pen	<i>Rassemblement National</i>	Rechtspopulistisch
Jean-Luc Mélenchon	<i>La France Insoumise</i>	Linkspopulistisch
Éric Zemmour	<i>Reconquête!</i>	Nationalkonservativ, Rechtsextrem
Valérie Pécresse	<i>Les Républicains</i>	Konservativ
Yannick Jadot	<i>Europe Écologie Les Verts</i>	Grüne
Fabien Roussel	<i>Parti Communist Français</i>	Kommunistisch
Anne Hidalgo	<i>Parti Socialiste</i>	Sozialdemokratisch
Jean Lassalle	<i>Résistons!</i>	Liberal
Nicolas Dupont-Aignan	<i>Debout la France</i>	Nationalistisch, Gaullistisch
Nathalie Arthaud	<i>Lutte Ouvrière</i>	Trotzkistisch
Philippe Potou	<i>Nouveau Parti anticapitaliste</i>	Antikapitalistisch, Sozialistisch

zent der Wählerschaft für die Rechtsextremen gewinnen könnten und auch Pécresse ihren Teil der Wählerschaft mobilisieren wird, fragen sich viele zu Recht, wie es zu einem solchen Rechtsruck in Frankreich kommen konnte. Die Gründe dafür sind vielfältig und komplex. Während viele von ihnen nicht Frankreich-spezifisch sind (z. B. die Proteste gegen die Einwanderung, Globalisierungsängste, eine immer größer werdende Kluft zwischen Stadt und Land, zunehmende Prekarität usw.), sind andere eher einzigartig oder, besser gesagt, in Frankreich stärker ausgeprägt als in anderen Ländern. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis Frankreichs zum Islam. In einem Land, das die Vereinbarkeit des Islam mit den ‚universellen Werten‘ der Republik immer skeptischer sieht, haben die blutigen Terroranschläge radikaler Islamisten in den letzten Jahren diese Beziehung zunehmend belastet.

Ein zweiter (und damit zusammenhängender) Trend in der französischen Politik ist die **Zerrissenheit der historisch starken Linken**. Die jüngsten Bemühungen, eine einheitliche linke Front zu bilden, sind gescheitert, was die tief verwurzelten Spaltungen zwischen den verschiedenen Kräften widerspiegelt. Ein halbes Dutzend Kandidatinnen und Kandidaten konkurriert um einen schrumpfenden Anteil der Wählerschaft. Es wird erwartet, dass sie zusammen nicht mehr als ein Viertel der Wählerschaft repräsentieren werden. Dazu gehört auch die *Parti socialiste* der ehemaligen Präsidenten François Mitterrand und François Hollande, die in den Umfragen noch schlechter abschneidet als bei der Wahl 2017, obwohl sie mit der Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo, eine Spitzenkandidatin hat.

Dies wiederum hängt mit einem dritten großen Trend zusammen: dem **Niedergang der traditionellen Volksparteien und dem Erfolg neuer ‚Bewegungsparteien‘**, die sich als ‚Außenseiter‘ präsentieren. Es gibt vielleicht kein anderes Land, in dem sich dieser Trend so abrupt durch-

gesetzt hat wie in Frankreich. Der Erfolg von Macrons *La République En Marche!* und Jean-Luc Mélenchons *La France insoumise* (die 2017 fast 20 Prozent der Stimmen erhielt) stehen dafür. Bei der Wahl 2017 haben sich die beiden traditionellen Säulen der französischen Politik, die *Parti socialiste* und die heutigen *Les Républicains*, zum ersten Mal nicht für die zweite Runde qualifiziert. Voraussichtlich wird die Wahl 2022 ihren Niedergang noch weiter zementieren.

2. DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN FRANKREICH

Mit den politischen Veränderungen in Frankreich wird auch eine zunehmende Polarisierung deutlich, zumindest wenn man die Stärke der extremen Rechten und das gute Abschneiden von Mélenchon im Jahr 2017 betrachtet. Umfragen zur ideologischen Positionierung der französischen Wählerschaft scheinen dies zu bestätigen. So ergab eine Befragung aus dem Jahr 2017, dass sich nur 36 Prozent der Französischen und Franzosen in der Mitte verorten (im EU-Durchschnitt sind es 62 Prozent), während 14 Prozent erklärten, extrem rechts zu sein (gegenüber einem EU-Durchschnitt von 4 Prozent), und sich 6 Prozent als extrem links einstuften (EU-Durchschnitt von 3 Prozent) (de Vries und Hoffmann 2017). Die Definition dessen, was politisch ‚rechts‘ und ‚links‘ ist, erscheint heute jedoch zunehmend schwieriger, nicht zuletzt deshalb, weil es der extremen Rechten gelungen ist, einen bedeutenden Anteil der Wählerinnen und Wähler aus der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen.

Die französische Bevölkerung ist bekanntlich desillusioniert von der Politik und nimmt ihrem Land gegenüber eine pessimistische Haltung ein. Ihr Misstrauen gegenüber den politischen Institutionen und den Medien ist weitverbreitet und liegt deutlich über dem Durchschnitt der EU-28. Die Frage, wie sie die Lage in ihrem Land einschätzt, beantworten rund 63 Prozent mit „negativ“, im EU-Durchschnitt sind

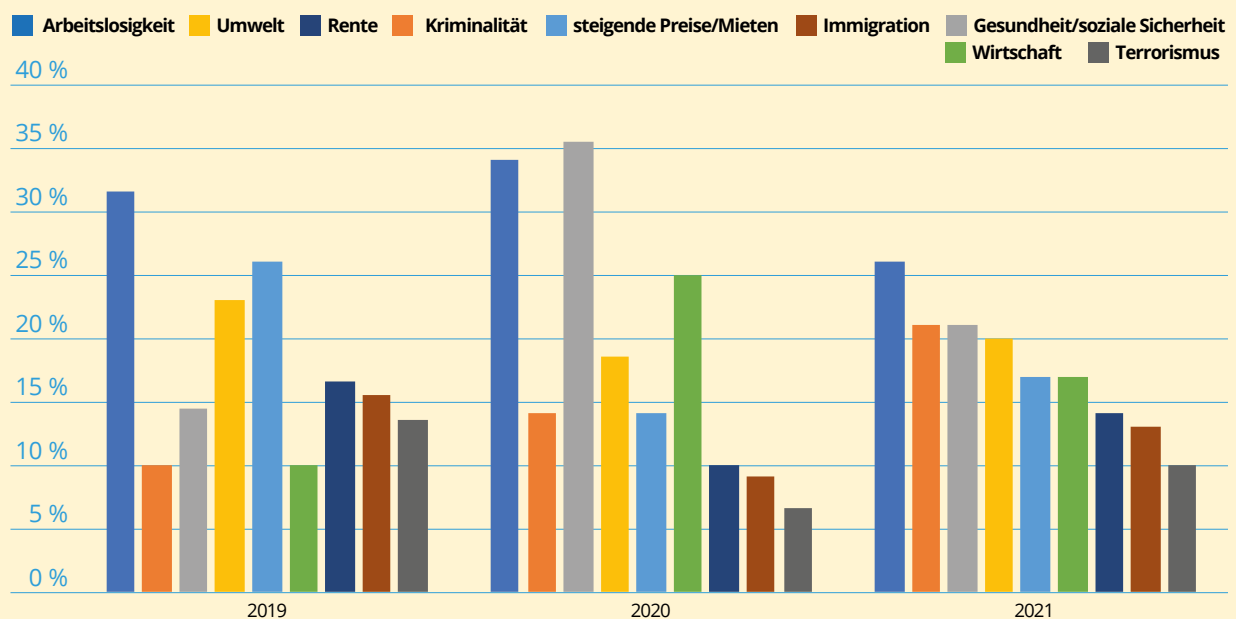
es 51 Prozent (Durchschnitt des Zeitraums 2017–2021). Fragt man nach dem Vertrauen in die Zukunft, geben 42 Prozent an, dass sie nicht zuversichtlich sind; im EU-Durchschnitt sind es 28 Prozent (Standard-Eurobarometer 2017–2021). Interessanterweise geben die Französinnen und Franzosen, nach ihrer persönlichen Lebenssituation und ihrer Zufriedenheit befragt, jedoch überwiegend an, zufrieden zu sein. Die Antworten unterscheiden sich nicht wesentlich vom europäischen Durchschnitt.

Es ist üblich geworden, von einer ‚französischen *malaise*‘, einer ‚gallischen Schwermut‘ oder einem ‚Zeitgeist des Deklinismus‘ zu sprechen. Obwohl es sich hierbei keineswegs um ein neues Phänomen handelt, ist es doch erstaunlich, wie weit der Begriff ‚Deklinismus‘ inzwischen verbreitet ist (das Wort ‚*déclinisme*‘ wurde erst kürzlich in die französischen Wörterbücher aufgenommen). Am deutlichsten zeigt sich dies anhand der Buchverkäufe und intellektuellen Debatten – es ist nicht übertrieben, von einer „boomenden Untergangsideologie“ (Donadio 2017) zu sprechen –, aber auch in den TV-Talkshows ist das Thema allgegenwärtig. Zu den wichtigsten Förderern dieses Genres gehört der Präsidentschaftskandidat Éric Zemmour, ein produktiver Schriftsteller, dessen Buch *Der französische Selbstmord* sich 2014 mehr als eine halbe Million Mal verkaufte. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage zeigt, dass auch in der öffentlichen Meinung eine Untergangsstimmung vorherrscht: 75 Prozent der Befragten stimmten zu, dass Frankreich im Niedergang begriffen sei, und 69 Prozent waren der Meinung, dass „es in Frankreich früher besser war“ (Ipsos/Sopra Steria 2021).¹

Natürlich gibt es verschiedene Dimensionen des Niedergangs und unterschiedliche Interpretationen dessen, was damit konkret gemeint ist. Direkt gefragt, sprechen viele in erster Linie von wirtschaftlichem und politischem Niedergang, und nur eine Minderheit erwähnt den moralischen oder kulturellen Verfall bzw. den Verlust internationaler Bedeutung (IFOP 2021). Und das, obwohl in derselben Umfrage 24 Prozent der Befragten die „viel zu hohe Einwanderung“ als größte Belastung Frankreichs bezeichnen (für 47 Prozent stellt sie eine der drei größten Herausforderungen dar). Andere Studien haben gezeigt, dass ‚deklinitische‘ und nostalgische Sichtweisen auch an traditionelle kulturelle Werte gebunden sind (Bristielle und Guerra 2021). Dies ist nicht überraschend, wenn man bedenkt, dass sich der politische Diskurs über den Niedergang in erster Linie kultureller und demografischer Begriffe bedient, meist in einer Sprache, die offen feindselig gegenüber Einwandernden und insbesondere gegenüber Menschen muslimischer Glaubensrichtung ist – früher eine Domäne Rechtsextremer, ist eine solche Rhetorik heute weitverbreitet.

Fragt man die Französinnen und Franzosen nach ihrer Einstellung zur Migration im Allgemeinen, so äußern sie sich ausnahmslos negativ. Eine Mehrheit ist der Meinung, dass es zu viele Migrantinnen und Migranten in Frankreich gibt (64 Prozent), 62 Prozent geben an, dass sie sich nicht mehr wie zu Hause fühlen (Ipsos/Sopra Steria 2021). Es sei darauf hingewiesen, dass sich dieses Bild nicht durch offizielle Statistiken untermauern lässt, auch wenn rechte Kreise von einer Überflutung des Lan-

Abb. 2: Die größten Sorgen in Frankreich 2019–2021



Source: Standard-Eurobarometer-Erhebungen 91-95 / Eigene Darstellung

¹ Eine Umfrage im vergangenen Jahr kam zu einem erschreckenden Ergebnis. Demnach unterstützt eine Mehrheit der Franzosen eine Gruppe pensionierter Offiziere, die mit einem offenen Brief (der in einer rechten Zeitschrift veröffentlicht und später von Le Pen befürwortet wurde) für Aufsehen sorgte. In diesem Brief wird vor dem Zerfall des Landes und einem drohenden Bürgerkrieg gewarnt. Offen bezichtigt wurden darin u. a. Gruppen, die sich gegen Rassismus wenden, der Islamismus, der Laxismus sowie die ‚Horden‘ aus den Banlieues. Seitens der ehemaligen Offiziere wurde fast zu einem Staatsstreich aufgerufen (Mallet 2021).

des durch Migrantinnen und Migranten sprechen. Einerseits sind die Einwanderungszahlen nach Frankreich in den letzten zehn Jahren weniger stark angestiegen als im Durchschnitt der EU- und der OECD-Länder (Auriol und Rapoport 2021). Andererseits ist der Anteil an Zugewanderten nicht außergewöhnlich hoch. Die ausländische Bevölkerung Frankreichs wird auf 5,2 Mio. (d. h. 7,7 Prozent der Gesamtbevölkerung) und die Gesamtzahl der Zugewanderten – einschließlich derjenigen, die inzwischen die französische Staatsangehörigkeit erworben haben – auf 7 Mio. (d. h. 10,3 Prozent der Bevölkerung) geschätzt (INSEE 2022). Dennoch ist Frankreich (nach Deutschland) das EU-Land mit der zweithöchsten Zahl an Asylanträgen. Es verzeichnete 2018 und 2019 jeweils mehr als 100.000 Anträge – ein Rückstau in der Verwaltung, ein Mangel an Unterkünften und eine wachsende Zahl von Flüchtlingsheimen waren damit verbunden (Ministère de l'Intérieur 2021).

Auch wenn der Einwanderung im politischen Diskurs eine zentrale Bedeutung zukommt, zählt sie nicht durchgehend zu den Themen, die die Franzosen primär beschäftigen. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage zeigt, dass sich 53 Prozent der Bevölkerung am meisten Sorgen um die Kaufkraft machen, 44 Prozent um den Krieg in der Ukraine und 26 Prozent um die Umwelt (IPSOS/Sopra Steria 2022). An vierter Stelle stehen die Einwanderung und das Gesundheitssystem, die beide von 22 Prozent genannt werden. Auch bei den Eurobarometer-Umfragen der letzten drei Jahre (2019–2021), bei denen nach den beiden wichtigsten Problemen des Landes gefragt wurde, wird die Einwanderung von nicht mehr als 16 Prozent genannt und rangiert weit hinter verschiedenen anderen Themen (siehe Abb. 2).

3. MIGRATION IM POLITISCHEN DISKURS

Die oben genannten Indikatoren sind insofern überraschend, als vor dem Ausbruch der Ukraine-Krise Einwanderungs- und Identitätsfragen – zusammen mit dem Islam und der Kriminalität – die politische Debatte zu dominieren schienen. Verschiedene Analysten bestätigten diese Einschätzung und wiesen darauf hin, dass „die Wahl von einer Reihe aufrührerischer Kulturkriegsthemen angetrieben wird, die eine ermutigte extreme Rechte animieren“ (Stangler 2021), dass „jeder, der die frühen Phasen des Präsidentschaftswahlkampfes verfolgt, das Land für ziemlich rechts hält“ (Momtaz 2021) und dass das Präsidentschaftsrennen „die Grenzen der politischen Akzeptanz in Frankreich erweitert hat“ (Onishi 2022).

Dies ist zum Teil auf die Kandidatur von Éric Zemmour zurückzuführen, einem rechtsextremen Ideologen, der bereits vor der Ankündigung seiner Kandidatur durch seine häufigen Medienauftritte und aufwiegeln Positionen zu Themen wie Einwanderung und Islam für ein großes Medienecho sorgte. Seine Karriere als Fernsehkommentator hat ihm geholfen, zu einer führenden Figur der extremen Rechten zu werden. So war er ein ‚Primetime-Star‘ beim Nachrichtensender CNews, der

von Kritikern als „Frankreichs Fox News“ bezeichnet wird – wegen seines Eintretens für rechte Anliegen und des aggressiven Tons der Debatten, die sich stets auf Einwanderung, Islam, Kriminalität und Frankreichs Untergang konzentrieren (Abboud und Mallet 2021). Zemmour, dem oft Hassreden vorgeworfen werden – etwa wenn er unbegleitete Migrantenkinder als „Räuber“, „Mörder“ und „Vergewaltiger“ bezeichnet –, behauptet stattdessen, er sei der Einzige, der die Wahrheit ausspreche (Amiel 2022). Seine jüdischen Wurzeln und seine Abstammung von algerischen Eltern dienen ihm immer wieder als Vorwand, um sich vor Rassismuskritik zu schützen (Zemmour 2021). Das, zusammen mit seiner inszenierten Intellektualität, hat ihm möglicherweise geholfen, konservative Wähler anzusprechen, die sich zuvor geschämt hatten, Le Pen zu wählen.

Zemmour ist bekannt dafür, dass er ein glühender Anhänger der Verschwörungstheorie des ‚großen Austauschs‘ ist, derzufolge die einheimische Bevölkerung – und damit auch die westliche/christliche Zivilisation – absichtlich durch nicht-weiße Migrantinnen und Migranten, vor allem Muslime, ersetzt wird. Dementsprechend hat er den Terminus ‚Grand Remplacement‘ zu einem Schlüsselbegriff seiner Kampagne gemacht und sich für eine ‚Null-Einwanderungspolitik‘ ausgesprochen (LCI 2022). Seine Reden sind stets von nationalistischen und wehmütigen Beschwörungen einer glorreichen und idyllischen französischen Vergangenheit durchdrungen, die im Gegensatz zu dem steht, was sich heute als tragischer Zustand von Dekadenz oder gar einer Beinahe-Apokalypse offenbart. So präsentiert er sich als Retter auf einer Mission der Rückeroberung (*Reconquête!* ist der Name seiner Partei), der als Einziger in der Lage sei, die französische Zivilisation vor den seiner Meinung nach existenziellen Bedrohungen zu bewahren, insbesondere vor der ‚Kolonisierung‘ Frankreichs durch die Muslime.

Die Unterschiede zwischen Zemmour und der Vorsitzenden des *Rassemblement National*, Marine Le Pen, manifestieren sich in erster Linie im Stil. Während Le Pen sichtlich bemüht ist, das Image ihrer Partei zu ‚entgiften‘ und vernünftig und kompetent zu erscheinen (eine Strategie, die als ‚dédiabolisation‘ bekannt ist), pflegt Zemmour den Ruf eines Provokateurs. Sicherlich unterscheidet sich Zemmour auch durch seine deutlich konservativere Haltung in der Wirtschaftspolitik von Marine Le Pen. Die Tatsache, dass Le Pen sich stärker als Zemmour um eine Diversifizierung ihres Portfolios bemüht hat und sich neben der Einwanderung auch auf andere Themen konzentriert, ist ebenfalls ein potenziell relevanter Unterschied. Dennoch haben beide eine ultranationalistische Einstellung und eine ähnliche einwanderungsfeindliche Agenda. In ihrer einminütigen Einleitung in der einzigen Fernsehsendung, in der alle Kandidatinnen und Kandidaten versammelt waren, betonten beide dieses Thema: Le Pen sagte: „Ich werde euch euer Land zurückgeben, indem ich euch vor der massiven und anarchischen Einwanderung und vor der Unsicherheit, die in Wildheit umschlägt, schütze“, während Zemmour das friedliche Frankreich der Vergan-

genheit, in dem sich die Einwanderer assimilieren wollten, mit dem Frankreich von heute verglich, in dem „überall Gewalt herrscht und die französische Identität verschwindet (...) wir müssen die Einwanderung beenden und die Ordnung wiederherstellen (...); es geht um das Schicksal unseres Landes und unserer Zivilisation“ (TF1 2022).

In ihren Wahlprogrammen skizzieren Zemmour und Le Pen ähnliche Vorhaben in der Migrationspolitik, darunter (a) ein Ende des Rechts auf Familienzusammenführung, (b) die Ausweisung arbeitsloser Ausländerinnen und Ausländer, (c) stärkere Einschränkungen des Asylrechts (z. B. müssten Anträge im Ausland gestellt werden), (d) verschärftes Vorgehen gegen irregulären Aufenthalt, (e) das Verbot, irregulären Aufenthalt zu legalisieren, (f) die Beschränkung beitragsunabhängiger Sozialleistungen auf französische oder EU-Staatsangehörige, (g) die Bevorzugung von Französischen und Franzosen bei der Zuteilung von Sozialwohnungen, (h) Erleichterung der Ausweisung von Ausländerinnen und Ausländern, die Straftaten begangen haben oder eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen, (i) Abschaffung des *ius soli* Prinzips (Territorialprinzip) bei der Verleihung der Staatsbürgerschaft² und Verschärfung der Einbürgerungsbedingungen (Zemmour 2022; Le Pen 2022). Während Zemmour die Politik der ‚Null-Einwanderung‘ propagiert, spricht sich Le Pen in ihrem Wahlprogramm für die Beendigung der ‚Migration zwecks Niederlassung‘ und den Vorrang französischer Staatsangehöriger auch bei der Beschäftigung aus. Übereinstimmend und mit Blick auf den Islam wird gefordert, religiöse Symbole im öffentlichen Raum zu verbieten. Zemmour geht noch einen Schritt weiter und beschwört ein Verbot des Baus von „imposanten“ Minaretten und Moscheen. Seine Rhetorik ist in dieser Hinsicht radikaler als die von Marine Le Pen. Zemmour macht sich dabei sogar über die von Le Pen vorgenommene Unterscheidung zwischen ‚Islam‘ (Religion) und ‚Islamismus‘ (Ideologie) lustig und definiert den Islam als „totalitäre Religion“ (LCI 2022).

Doch nicht allein Rechtsextreme wie Éric Zemmour oder Marine Le Pen sind dafür verantwortlich, dass der Wahlkampf auf solche Themen zugespitzt ist. Auch die Konservativen von *Les Républicains* haben ihre Positionen zu Sicherheit und Migration verschärft und diese Themen in den Mittelpunkt ihrer Agenda gestellt. Valérie Pécresse etwa vertritt die Auffassung, dass das Land durch Migration grundlegend bedroht ist, und zwar sowohl aus identitärer/kultureller Sicht (Migranten als Bedrohung für „unsere Werte und Lebensweisen“, wie sie sagt) als auch im Hinblick auf die angeblich folgerichtige Steigerung der Kriminalität (Pécresse 2021). Pécresse sagt es deutlich: „Es gibt eine Verbindung zwischen Einwanderung, Islamismus und Terrorismus sowie eine Verbindung zwischen Einwanderung und Unsicherheit“ (BFMTV 2021). Sie spricht wiederholt von außer Kontrolle

geratenen Migrationsströmen, die zur Schaffung von „No-France-Zonen“ führen (Pécresse 2022a).³ Um dieses Narrativ zu untermauern, werden Statistiken manipuliert: Im Fernsehen behauptete Pécresse, dass im Jahr 2021 40 Mio. Migrantinnen und Migranten illegal in die EU eingereist seien (die Zahl der illegalen Grenzübertritte im Jahr 2021 wird auf weniger als 200.000 geschätzt; insgesamt hat die EU eine Bevölkerung von 23 Mio. Nicht-EU-Bürgern) (Caulcutt und Braun 2022; Europäische Kommission 2021).

Trotz aller Unterschiede in puncto Schwarzseherei und Radikalismus teilen Konservative wie Pécresse mit der extremen Rechten eine ausgesprochen pessimistische Sicht auf den Zustand Frankreichs, das als ein zerrissenes und vom Unglück heimgesuchtes Land dargestellt wird und das auf eine Katastrophe zusteuert. Genau wie bei den Rechtsextremen wird die Schuld dafür in der Migration und der Kriminalität gesehen. Für Pécresse ist die Reduzierung der Einwanderung eine notwendige Bedingung für die „Rückkehr zur Ordnung“ und die Wiederherstellung eines „geeinten und unteilbaren Frankreichs“ (Pécresse 2022a). Wie Zemmour und Le Pen hat Pécresse versprochen, ein Referendum über die Einwanderungspolitik abzuhalten (ein Mittel, um das Eingreifen des Verfassungsrats zu vermeiden). Ihre Vorschläge zur Verringerung der Zahl der Einwandernden umfassen: (a) die Einführung eines Quotensystems für die Einreise auf der Grundlage von Herkunftsländern und definierten Kategorien, (b) die Abschaffung des automatischen Rechts auf Familiennachzug, (c) die Verschärfung des Asylrechts (z. B. muss der Antrag im Ausland gestellt werden), (d) das Verbot der Legalisierung irregulärer Migrantinnen und Migranten, (e) die Verknüpfung des Anspruchs auf beitragsfreie Sozialleistungen mit einem legalen Aufenthalt von fünf Jahren, (f) die Erleichterung der Ausweisung von Ausländerinnen und Ausländern, die Straftaten begangen haben oder eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen, um nur einige Punkte zu nennen. Darüber hinaus hat sie, was die Zuerkennung der Staatsbürgerschaft anbetrifft, zugesichert, (a) das Prinzip des *ius soli* abzuschaffen und (b) eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, um die Assimilation an die französische Kultur besser zu fördern (Pécresse 2022b). In ihren eigenen Worten: „Angesichts unserer zerfallenden Nation ist die Assimilation notwendig. Ich wünsche mir ein Bekenntnis zum Französischen, das von Herzen kommt und nicht nur auf dem Papier steht“ (Pécresse 2022a). Die Partei *Les Républicains* teilt mit anderen politischen Kräften auch ihre Fixierung auf religiöse Symbole und insbesondere islamische Kleidervorschriften. Pécresse will den Gebrauch des Burkinis verbieten und das Tragen des Kopftuchs in bestimmten Räumen einschränken.

2 Auch wenn oft suggeriert wird, dass dies automatisch der Fall sei, erhalten in Frankreich geborene Kinder erst im Alter von 18 Jahren die Staatsbürgerschaft, und zwar nur dann, wenn sie bestimmte Aufenthaltskriterien erfüllen.

3 Einer der umstrittensten Vorschläge von Pécresse ist die Einführung härterer Strafen, wenn ein Verbrechen in einer Hochkriminalitätszone begangen wird.

Pécresses Rhetorik und Vorschläge unterstreichen, wie sehr man in Frankreich nach rechts gedriftet ist. Ihre Partei ist ein Paradebeispiel für das, was als „Mainstreaming der extremen Rechten“ beschrieben wurde – verstanden als ein „Prozess, durch den Akteure, Diskurse und/oder Einstellungen von Randpositionen im politischen Spektrum und in der Öffentlichkeit in die Mitte rücken und sich das, was in politischen, medialen und öffentlichen Kreisen und Kontexten als akzeptabel oder legitim gilt, verschiebt“ (Brown et al. 2021). Dieser Trend ist beileibe nicht neu. Französische Mainstream-Politiker haben sich in der Vergangenheit immer wieder rechtsextremer Rhetorik bedient, wie etwa Nicolas Sarkozy (Mondon 2013). Dennoch ist es auffällig, wie dominant und verbreitet die Verunglimpfung von Migration und anderen identitätsbezogenen Themen geworden ist. Ein Blick in die französischen Medien reicht aus, um zu erkennen, wie sehr die Debatte von Forderungen nach einer restriktiven Handhabung der Migration und nach Einschränkung des Zugangs von Ausländerinnen und Ausländern zum Sozialstaat beherrscht wird. Auch die Sichtbarkeit des Islam in der Öffentlichkeit soll minimiert werden.

Macron selbst wurde vorgeworfen, in Fragen der Identität, des Islam, der Migration und der Sicherheit nach rechts gerückt zu sein. Am umstrittensten war das sogenannte Anti-Separatismus-Gesetz – offiziell „Gesetz zur Stärkung der Achtung der Grundsätze der Republik“ –, mit dem gegen religiösen Fundamentalismus vorgegangen werden soll. Obwohl der Islamismus im Gesetzestext nicht erwähnt wird, zielt das Gesetz offensichtlich auf islamistische Gruppen ab, die angeblich „antirepublikanische Ansichten“ in Gemeinden in ganz Frankreich verbreiten. Der Gesetzentwurf berührt eine Vielzahl von Themen. Er enthält unter anderem Bestimmungen zur strengeren Kontrolle religiöser Vereinigungen, zur Eindämmung von Hassreden im Internet, zur Bestrafung von Ärztinnen und Ärzten, die ‚Jungfräulichkeitszeugnisse‘ ausstellen, und zur Eindämmung des Hausunterrichts. Von seinen Befürwortern als Mittel zur Aufrechterhaltung des laizistischen Systems Frankreichs dargestellt, wurde es unter anderem dafür kritisiert, dass es (a) die Religions- und Vereinigungsfreiheit einschränkt, (b) Muslime weiter stigmatisiert und (c) einer ‚Hexenjagd‘ Tür und Tor öffnet, bei der religiöse Hingabe mit Radikalismus verwechselt wird (Mallet 2020). Dieses Gesetz wurde in einer Stimmung tiefer öffentlicher Bestürzung nach einer Reihe von Anschlüssen, darunter die Enthauptung des Lehrers Samuel Paty im Oktober 2020, diskutiert.

Auch die Reformen des Asyl- und Einwanderungsrechts, insbesondere der Gesetzentwurf von 2018, der eine „kontrollierte Migration, ein wirksames Asylrecht und eine erfolgreiche Integration“ (so der offizielle Name des Gesetzes) vorsah, waren nicht unumstritten. Dies gilt insbesondere für die Änderungen der Asylvorschriften, darunter (a) die Verkürzung der Antragsfristen, (b) die Verlängerung der Dauer einer Verwaltungshaft und (c) die Unmöglichkeit, einen Rechtsbehelf gegen eine Ablehnung des Asylantrags für Angehörige ‚sicherer Herkunfts-

staaten‘ einzulegen. Das Gesetz, das die Asylverfahren beschleunigen soll, wurde kritisiert, weil es den Umfang der Asylfälle einschränkt und „Kinder hinter Gitter“ bringt (France24 2018). Macrons Regierung hat auch den Zugang zu nicht dringender medizinischer Versorgung für Asylbewerberinnen und -bewerber eingeschränkt, die nun an eine dreimonatige Aufenthaltsdauer gebunden ist. Darüber hinaus kündigte der französische Premierminister 2019 an, Quoten für Arbeitsmigrantinnen und -migranten einzuführen, um „unsere Einwanderungspolitik in den Griff zu bekommen“, doch scheint diese Idee inzwischen wieder verworfen worden zu sein (Pineau und Lowe 2019). In jüngster Zeit hat Macrons Regierung Maßnahmen ergriffen, um die Zahl der Visa für Menschen aus Algerien, Marokko und Tunesien erheblich zu reduzieren – als Reaktion darauf, dass diese Länder nicht genug tun, um ihre ausreisepflichtigen Staatsangehörigen zurückzunehmen (Chrisafis 2021).

Dies steht im Einklang mit Macrons früheren Forderungen nach einem effizienteren Asyl- und Abschiebesystem. Bei der Vorstellung seines Programms 2022 sprach er von einem zu „schwerfälligen“ Asylsystem und verteidigte einen effizienteren Modus und wirksamere Abschiebeverfahren (Macron 2022a). Zugleich sprach er sich auch für eine Verstärkung der Schengen-Grenzen und die Investition in Grenzschutzkräfte in Frankreich aus. Dennoch ist es ziemlich offensichtlich, dass sich Macron während des Wahlkampfs kaum mit migrationsbezogenen Fragen beschäftigt hat, was auch in seinem (kurzen) Wahlprogramm sichtbar wird, das der Migration nur wenige Zeilen widmet. Die Rede ist von einer „besseren Kontrolle der Migration“, zudem schlägt er vor, eine Grenztruppe zu schaffen, und verspricht, „die Organisation des Asyls und des Aufenthaltsrechts weiter zu überarbeiten“. Seine Agenda zur Integration beinhaltet (a) die Ausweisung von Personen, die die öffentliche Ordnung stören, und (b) eine weitere Einschränkung des Zugangs zu Langzeitaufenthaltsgenehmigungen, die an die Bedingung der beruflichen und sprachlichen Integration geknüpft sind, wobei er auch den Kampf gegen Diskriminierung betont (Macron 2022b).

Nur die Linke vertritt einen klaren liberalen und humanistischen Ansatz bezüglich der Migration, wenngleich ihr vorgeworfen werden kann, dass sie bei diesem Thema vage bleibt bzw. es möglichst ganz vermeidet. Sie war entweder aufgrund mangelnder Kapazitäten oder mangelnden Willens nicht in der Lage, einen alternativen Diskurs in der Öffentlichkeit zu befeuern. Kritiker führen das auf die Angst der Linken vor einer Entfremdung der Wählerschaft und/oder auf das tatsächliche Fehlen eines alternativen Programms zurück (Bréville 2017; Jacquemain 2018). In der Tat räumen die Kandidatinnen und Kandidaten der Linken migrationsbezogenen Themen nicht viel Zeit und Raum ein. Anne Hidalgo, Fabien Roussel oder Yannick Jadot etwa widmen dem Thema nicht mehr als eine halbe Seite in ihren Wahlprogrammen. Hidalgo bleibt in ihren Formulierungen besonders vage, etwa wenn es heißt, dass sie „gegen die irregulären und todbringenden

Fluchtrouten der illegalen Einwanderung kämpfen wird“, ohne jedoch zu sagen, wie (Hidalgo 2022). Mélenchon ist der Einzige, der sich intensiver mit der Migration auseinandersetzt und dem Thema eine 17-seitige Broschüre widmet. Sein Versuch, sich mit der extremen Rechten auf ihrem traditionellen Terrain einen ‚Kampf‘ zu liefern, gipfelte in einer im Fernsehen übertragenen Konfrontation mit Zemmour, bei der Mélenchon von der ‚créolisation‘ als dem Zukunftskonzept der Menschheit sprach. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass die Begegnung der Kulturen etwas Besseres schaffen könne (Mazoue 2022).

Was die konkrete Agenda anbetrifft, so propagieren die Kandidatinnen und Kandidaten der Linken ein ‚humanistischeres‘ und ‚solidarischeres‘ Systems (nur zwei Kandidaten der extremen Linken aus kleinen Parteien gehen so weit, von ‚Freizügigkeit‘ zu sprechen). Zugleich kritisieren sie den ‚sicherheitspolitischen‘ und ‚militaristischen‘ Ansatz der EU in Bezug auf Migration und Grenzkontrolle, prangern das Dublin-Abkommen an und fordern eine Neudefinition von Frontex. Roussel verteidigt die „Öffnung von legalen und sicheren Wegen“, während Mélenchon die Schaffung eines europäischen zivilen Seenotrettungskorps vorschlägt. Die Kandidatinnen und Kandidaten der Linken kritisieren ebenfalls ein Asylsystem, das die Grundrechte nicht respektiert, und setzen sich für (1) bessere Aufnahme- und Unterbringungsbedingungen, (2) geteilte Verantwortlichkeiten innerhalb der EU, (3) das Ende der Verwaltungshaft von Minderjährigen sowie (4) den sofortigen Zugang zu Arbeit für Asylbewerberinnen und -bewerber ein. Sie unterbreiten auch Vorschläge für die Legalisierung von irregulären Migrantinnen unter bestimmten Bedingungen (Mélenchon 2022; Jadot 2022; Roussel 2022). Mélenchon geht noch weiter und fügt dieser Liste weitere Vorschläge hinzu, wie z. B., (1) die Aufenthaltsgenehmigung für zehn Jahre zum Standard zu machen, (2) einen erleichterten Zugang zur Staatsbürgerschaft zu ermöglichen, und (3) das Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen zu implementieren.

LITERATUR

Abbound, Leila / Mallet, Victor 2021: Vicent Bolloré, Éric Zemmour and the Rise of 'France's Fox News.‘; in: Financial Times, 5. Oktober 2021; verfügbar unter: <https://www.ft.com/content/e794f9c5-4f1f-4206-8680-f46f0fbaabbf> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Amiel, Sandrine 2022: France Election: Who Is Eric Zemmour and Why Is He so Controversial?; in: Euronews, 23. Februar 2022; verfügbar unter: <https://www.euronews.com/my-europe/2021/11/30/eric-zemmour-meet-the-right-wing-tv-pundit-set-to-shake-up-france-s-presidential-race> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

AUSBLICK

Auch wenn außenpolitische Themen sowie die steigende Inflation den Wahlkampf unerwartet dominiert haben, bleibt die Einwanderung ein zentrales Thema in der politischen Debatte Frankreichs. Im Herbst 2021, als Zemmour in den Umfragen zulegte und die Hauptkandidatinnen und -kandidaten von *Les Républicains* bei den Vorwahlen für die Präsidentschaftswahlen eindeutig „nach Zemmours Pfeife tanzten“ (Hall 2021), nahm die Migration einen herausragenden (manche würden sagen: unverhältnismäßig großen) Platz ein. Macron ist es zwar gelungen, das Thema weitgehend auszuklammern – unter anderem, weil er sich geweigert hat, vor der ersten Runde an Fernsehdebatten mit seinen Konkurrentinnen und Konkurrenten teilzunehmen –, aber er wird sicherlich vor der zweiten Runde mit Migrationsfragen konfrontiert werden, wenn er, wie die derzeitigen Umfragen zeigen, gegen Marine Le Pen antritt. Während die Kandidatinnen und Kandidaten der Rechten davon überzeugt sind, dass Macrons Migrationspolitik einer seiner schwächsten Punkte ist – sie werfen ihm unter anderem vor, dass er nicht in der Lage sei, die Migrationsströme zu reduzieren –, wird Macron wahrscheinlich weiterhin einen Balanceakt vollziehen, hin- und hergerissen zwischen „Entschlossenheit“ und „Menschlichkeit“, um es mit seinen eigenen Worten auszudrücken (Pascual 2022). Obwohl er im Laufe seiner Präsidentschaft härtere Positionen eingenommen hat, erscheint Macron neben den Rechtsextremen immer noch als überzeugter Liberaler. Die Tatsache, dass er der Einzige ist, der zwischen nicht-liberalen Positionen und einer Rechten steht, die mit Zemmour reaktionärer geworden ist – und Le Pen dabei gemäßigt aussehen lässt –, ist bezeichnend für die derzeitige Lage in Frankreich, wo die Mitte immer weiter in Richtung der illiberalen Rechten zu driften scheint. Obwohl zur Zeit keine der Meinungsumfragen auf einen Sieg von Le Pen in der zweiten Runde hindeutet, scheint es so, als würde sie abermals neue Rekorde für die extreme Rechte in Frankreich einfahren.

Auriol, Emmanuelle / Rapoport, Hillel 2021: L'immigration qualifiée: un visa pour la croissance. Les notes du conseil d'analyse économique, n° 67; verfügbar unter: <https://www.cae-eco.fr/staticfiles/pdf/cae-note067.pdf> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

BFMTV 2021: 2022 le débat de la droite sur BFMTV en intégralité; 15. November 2021; verfügbar unter: https://www.bfmtv.com/replay-emissions/les-emissions-speciales/2022-le-debat-de-la-droite-sur-bfmtv-en-integralite_VN-202111150012.html (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Bréville, Benoît 2017: Embarras de la gauche sur l'immigration; in: Le Monde Diplomatique; verfügbar unter: <https://www.monde-diplomatique.fr/2017/04/BREVILLE/57387> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Bristielle, Antoine / Guerra, Tristan 2021: Déclinisme et Nostalgie: Un Cocktail Français. Fondation Jean Jaurès; verfügbar unter: https://www.jean-jaures.org/publication/declinisme-et-nostalgie-un-cocktail-francais/?post_id=26344&export_pdf=1 (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Brown, Katy / Mondon, Aurelien / Winter, Aaron 2021: The Far Right, the Mainstream and Mainstreaming: Towards a Heuristic Framework; in: Journal of Political Ideologies, online first; verfügbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13569317.2021.1949829> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Caulcutt, Lea / Braun, Elisa 2022: France's Pécsesse Blasts Berlin and Brussels in Presidential Bid; in: POLITICO, 10. Februar 2022; verfügbar unter: <https://www.politico.eu/article/france-presidential-elections-valerie-pecresse-blasts-berlin-and-brussels-in-presidential-bid/> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Chrisafis, Angélique 2021: Macron in Visa Cuts Row as Algeria Summons French Envoy; in: The Guardian, 30. September 2021; verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2021/sep/30/emmanuel-macron-under-fire-about-visa-cuts-as-algeria-summons-french-envoy> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

De Vries, Catherine / Hoffmann, Isabell 2017. Is Right the New Left? Right Wing Voters in France and in the EU and How They Differ; in: Bertelsmann Stiftung; verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/EZ_eupinions_2017_02_ENG.pdf (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Donadio, Rachel 2017: France's Obsession with Decline is a Booming Industry; in: The New York Times, 3. Februar 2017; verfügbar unter: <https://www.nytimes.com/2017/02/03/books/france-michel-onfray-decadence.html> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

European Commission 2021: Statistics on Migration to Europe; verfügbar unter: https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/promoting-our-european-way-life/statistics-migration-europe_en (letzter Zugriff: 04.04.2022).

France24 2018: Macron's Government Passes Controversial Asylum and Immigration Law; in: France24, 1. August 2018; verfügbar unter: <https://www.france24.com/en/20180801-macrons-government-passes-controversial-asylum-immigration-law> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Hall, Ben 2021: France's Centre-Right Dances to Eric Zemmour's Immigration Tune; in: Financial Times, 9. November 2021; verfügbar unter: <https://www.ft.com/content/42e1327b-eb06-4e24-8bae-ca2306da3fb3> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Hidalgo, Anne 2022: Hidalgo!2022 Programme; verfügbar unter: https://www.2022avechidalgo.fr/notre_programme (letzter Zugriff: 04.04.2022).

IFOP 2021: Opinions et perceptions des Français à l'égard du déclin de la France; verfügbar unter: <https://www.ifop.com/wp-content/uploads/2021/11/118589--Les-resultats.pdf> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

INSEE 2022: L'essentiel sur...les immigrés et les étrangers; verfügbar unter: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/3633212#graphique-infographie> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

IPSOS / Sopra Steria 2022: Enquête Électorale 2022, Vague 7; verfügbar unter: <https://www.ipsos.com/fr-fr/presidentielle-2022/enquete-electorale-vague-7> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

IPSOS / Sopra Steria 2021: Fractures Françaises 2021 - 9ème édition; verfügbar unter: <https://www.jean-jaures.org/wp-content/uploads/2021/09/Ipsos-Fractures-Franc%CC%A7aises-septembre-2021.pdf> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Jacquemain, Pierre 2018: Sur l'immigration, la gauche n'a plus les mots; in: Regards.fr., 13. August 2018; verfügbar unter: <http://www.regards.fr/actu/article/sur-l-immigration-la-gauche-n-a-plus-les-mots> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Jadot, Yannick: Changeons! Changer la France pour vivre mieux.; verfügbar unter: <https://www.jadot2022.fr/programme> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

LCI 2022: Le face-à-face Valérie Pécresse-Eric Zemmour; 10. März 2022; verfügbar unter: <https://www.tf1info.fr/replay-lci/video-replay-le-face-a-face-valerie-pecresse-eric-zemmour-2213210.html> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Le Pen, Marine 2022: M Contrôler l'Immigration; verfügbar unter: <https://mlafrance.fr/pdfs/projet-controle-de-limmigration.pdf> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Macron, Emmanuel 2022a: Presentation of Presidential Program; 17. März 2022; verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=E9uD0A7i_SA (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Macron, Emmanuel 2022b: Emmanuel Macron avec vous; verfügbar unter: <https://avecvous.fr/wp-content/uploads/2022/03/Emmanuel-Macron-Avec-Vous-24-pages.pdf> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Mallet, Victor 2020: French Muslims Divided over Macron's Planned Law to Curb Islamism; in: Financial Times, 14. Dezember 2020; verfügbar unter: <https://www.ft.com/content/b6c0681f-3a0a-40fa-8b90-86997925f6b0> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Mazoue, Aude 2022: Avec la 'créolisation', Jean-Luc Mélenchon se lance sur un terrain 'glissant'; in: France24, 1. Februar 2022; verfügbar unter: <https://www.france24.com/fr/france/20220201-avec-la-cr%C3%A9olisation-jean-luc-m%C3%A9lenchon-se-lance-sur-un-terrain-glissant> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Mélenchon, Jean-Luc: Pour une politique migratoire humaniste et réaliste; verfügbar unter: <https://melenchon2022.fr/livrets-thematiques/migrations/> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Ministère de l'Intérieur 2021: Les chiffres clés de l'Immigration 2020; verfügbar unter: <https://www.immigration.interieur.gouv.fr/Info-ressources/Actualites/Focus/Nouveaute-les-chiffres-cles-de-l-immigration-2020-en-28-fiches> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Momtaz, Rym 2021: How France Pivoted to the Right; in: POLITICO, 6. Dezember 2021; verfügbar unter: <https://www.politico.eu/article/how-france-pivoted-to-the-right/> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Mondon, Aurelien 2013: Nicolas Sarkozy's Legitimization of the Front National: Background and Perspectives. Patterns of Prejudice, 47:1, 22-40. Verfügbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/0031322X.2012.735128> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Onishi, Norimitsu 2022: In France, a Racist Conspiracy Theory Edges Into the Mainstream; in: The New York Times, 15. Februar 2022; verfügbar unter: <https://www.nytimes.com/2022/02/15/world/europe/france-elections-peccresse-great-replacement.html> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Pascual, Julia 2022: Entre 'fermeté' et 'humanité', la ligne de crête d'Emmanuel Macron sur l'immigration; in: Le Monde, 20. Januar 2022; verfügbar unter: https://www.lemonde.fr/societe/article/2022/01/20/entre-fermete-et-humanite-la-ligne-de-crete-d-emmanuel-macron-sur-l-immigration_6110248_3224.html (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Pécresse, Valérie 2021: Speech Following the Announcement of the Results of Les Républicains Primary; 4. Dezember 2021; verfügbar unter: <https://twitter.com/lesRepublicains/status/1467122463192530947?s=20> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Pécresse, Valérie 2022a: Zénith Speech; 13. Februar 2022; verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=Jn_egqFvUmQ (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Pécresse, Valérie 2022b: Mettre fin à l'immigration incontrôlée; verfügbar unter: <https://valeriepecresse.fr/projet/immigration/> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Pineau, Elizabeth / Lowe, Christian 2019: France, Under Pressure from Right Wing, Toughen Stance on Immigration; in: Reuters, 6. November 2019; verfügbar unter: <https://www.reuters.com/article/us-france-immigration-idUSKBN1XG1M4> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Politico 2022: France – 2022 Presidential Election Voting Intention; Poll of Polls; verfügbar unter: <https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/france/> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Roussel, Fabien: La France des Jours hereux. Le Programme; verfügbar unter: https://www.fabienroussel2022.fr/le_programme (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Stangler, Cole 2021: France's Cultural War Election; Rosa Luxemburg Stiftung; verfügbar unter: <https://www.rosalux.eu/en/article/2070.france-s-culture-war-election.html> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

TF1 2022: La France Face à la Guerre; 14. März 2022; verfügbar unter: <https://www.tf1.fr/tf1/elections/videos/la-france-face-a-la-guerre-74734806.html> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Zemmour, Éric 2021: Villepinte Speech; 6. Dezember 2021; verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=iBBtuSOEQC0> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Zemmour, Éric 2022: Pour que la France reste la France; verfügbar unter: <https://programme.zemmour2022.fr/> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Zugehörigkeit, Identität und Zusammenhalt
- Politische und gesellschaftliche Polarisierung
- Nationale Governance von Migration
- Lokale Governance von Migration

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
*Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung*
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Autorin:

Dr. Mariana S. Mendes

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Johanna Haupt

Lektorat:

Gudrun Raether-Klünker

Gestaltung:

Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2022

Die Autorin dankt Zoé Le Guillou ausdrücklich für ihre Recherche bei der Berichterstattung über die Wahlkampfveranstaltungen.

MIDEM ist ein Forschungszentrum der Technischen Universität Dresden, gefördert durch die Stiftung Mercator.